

Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)

- Newsletterversand der Abtl. Integration und Partizipation der Stadt Mosbach



Information zur Datenerhebung

Stadtverwaltung	Große Kreisstadt Mosbach
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	Oberbürgermeister: Julian Stipp
Behördlicher Datenschutzbeauftragter (m,w,d)	E-Mail: datenschutz@mosbach.de
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage	<p>Die personenbezogenen Daten werden zum Zweck der Durchführung des Versands von Newslettern der Abteilung Integration und Partizipation der Stadt Mosbach erhoben und verarbeitet.</p> <p>Mit dem Newsletter möchten wir interessierte Personen über die aktuellen Themen und Veranstaltungen im Bereich Flucht, Migration, Integration und Partizipation informieren. Zum einen mit Themen die direkt die Stadt betreffen aber auch Allgemeine Informationen welche wir über die Ministerien oder Verbände zugezogen bekommen, welche für den Ein oder Anderen von Interesse sind. Zudem möchten wir auf diesem Wege unsere Projekte „Interkulturelle Elternmentor*innen“ und das „Behördenlots*innenprogramm“ bewerben und gleichzeitig für diese Projekte Freiwillige suchen. Auch wollen wir auf Veranstaltungen aufmerksam machen, wie z.B. Weltkulturenfest.</p> <p>Die Rechtsgrundlage hierfür ist der Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO.</p>
geplante Speicherdauer	Die Daten werden ab sofort gespeichert und so lange für diesen Zweck genutzt, solange kein Widerspruch eingelegt oder der Newsletter abbestellt wird.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)	<p>Die erhobenen personenbezogenen Daten werden nicht weitergegeben.</p> <p>Eine Übermittlung in ein Drittland ist nicht vorgesehen.</p>
Betroffenenrechte	Sie haben als betroffene Person das Recht von der Stadtverwaltung Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich hier beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, beschweren.
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Sie sind nicht verpflichtet, die zum oben genannten Zweck erforderlichen personenbezogenen Daten bereitzustellen. Sind Sie damit nicht einverstanden, kann keine Anmeldung für den Newsletter der Abteilung Integration und Partizipation und demzufolge auch kein Versand der Informationen erfolgen.